



Camara mit Anhängern im Oktober

GUINEA

Patt in Conakry

Nach dem Anschlag auf Militärdiktator Moussa Dadis Camara hält der Machtkampf in Conakry an. Der Konflikt könnte sich zu einem Bürgerkrieg auswachsen und auf die Nachbarstaaten Liberia und Sierra Leone übergreifen. Seit vorvergangener Woche liegt Camara schwerverletzt in einem Krankenhaus im marokkanischen Rabat, er war beim Mordversuch angeschossen worden. Seine Parteigänger machen in den Straßen der Hauptstadt inzwischen Jagd auf all

diejenigen, die sie für Putschisten halten. Vor einem Jahr hatte sich Camara nach dem Tod des Diktators Lansana Conté zum Herrscher aufgeschwungen, immerhin aber Wahlen angekündigt. Als Ende September Zehntausende in Conakry demonstrierten, um die Einlösung des Versprechens zu fordern, eröffneten Soldaten das Feuer; mindestens 157 Menschen wurden getötet. Internationale Vermittler schlugen vor, Camara solle eine Übergangsregierung mit der Opposition bilden. Die lehnte jedoch ab; ihr Misstrauen nach dem Massaker war zu groß. Dabei ist gar nicht klar, ob der Schießbefehl auf Camara zurückgeht. Im Militär gibt es schon seit längerem abtrünnige Frak-

tionen, die ihm die Macht in dem rohstoffreichen Land streitig machen und Wahlen verhindern wollen. Camara und seine Getreuen lassen seit Monaten in Forecariah, rund 70 Kilometer südöstlich der Hauptstadt, bis zu 4000 Milizionäre von israelischen und südafrikanischen Ausbildern trainieren, wohl um sich gegen Konkurrenten verteidigen zu können. Diese Truppe soll sich zum Teil aus ehemaligen Kämpfern aus Sierra Leone und Liberia rekrutieren, die noch immer Kontakte zu ihren Heimatländern unterhalten. „Alles, was in Guinea passiert, hat direkten Einfluss auf uns“, sagt Sierra Leones Präsident Ernest Bai Koroma: „Wir sind sehr, sehr besorgt.“

SLOWAKEI

Streit um Symbole

Zwischen slawischer Mehrheit und ungarischer Minderheit ist erneut Streit ausgebrochen. Die rechtsradikale Slowakische Nationalpartei (SNS) hat ein Patriotismus-Gesetz auf den Weg gebracht. Es sieht vor, dass zu Wochenbeginn in den Schulen, vor Kabinetts- und Parlamentsitzungen und bei vielen anderen Anlässen die Nationalhymne erklingen muss. Ferner soll es die Slowaken verpflichten, einen Eid auf ihr Land zu leisten, beispielsweise wenn sie einen Pass erhalten. 78 von 130 Parlamentsabgeordneten haben in erster Lesung für das Gesetz gestimmt. Begründung: Die nationale Kultur sei gefährdet, weil in der EU ein „Europäismus“ gepredigt werde. So erklärt es Rafael Rafaj von der SNS, die der Regierungskoalition in Bratislava angehört. Das sei „Blödsinn“, meint László Szigeti, ein Abgeordneter der ungarischen Minderheit. Diese macht rund zehn Prozent der 5,4 Millionen Slowaken

aus; durch das Vorhaben der Nationalisten fühlt sie sich einmal mehr unter Druck gesetzt. Denn viele Ungarn sehen sich bereits durch ein neues Sprachgesetz diskriminiert. Es schreibt vor, dass in Gegenden mit slowakischer Bevölkerungsmehrheit im öffentlichen Raum nur Slowakisch gesprochen werden darf. Im Sommer hatten sich Bratislava und Budapest deswegen heftig entzweit; der ungarische Präsident László Sólyom erhielt von der slowakischen Regierung sogar ein Einreiseverbot.



Nationalistische Demonstration in Bratislava